

15. Deutsch-französischer Umweltrat in Royaumont am 24. und 25. September 2006 Kommuniqué

Auf der Grundlage des Elysée-Vertrags fand am **24. und 25. September 2006** das bereits **15. Treffen des deutsch-französischen Umweltrates** statt. Unter dem Vorsitz von **Nelly Olin**, Ministerin für Ökologie und nachhaltige Entwicklung, und **Sigmar Gabriel**, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, traf sich der Umweltrat in Royaumont bei Paris. Anwesend war außerdem die Landesumweltministerin **Margit Conrad** aus Rheinland-Pfalz. Diese Sitzung diente auch der Vorbereitung des deutsch-französischen Ministerrates, der am 12.10.2006 in Paris stattfindet.

Die folgenden Themen wurden besprochen:

1. Klimaschutz

- Die Minister erörterten den Stand der Vorbereitungen der in Nairobi stattfindenden nächsten Weltklimakonferenz (COP 12). Im Mittelpunkt werden die wichtigen Themen **Anpassung an den Klimawandel** (Afrika und die Entwicklungsländer sind hier besonders betroffen) und die **Fortentwicklung der internationalen Klimaschutzpolitik nach 2012** stehen.
- Frankreich und Deutschland wollen der europäischen Führungsrolle im Klimaschutz **neuen Schwung** verleihen und erinnern daran, dass die Treibhausgasemissionen global bis 2050 um 50% reduziert werden müssen. Das erfordert für die **EU eine signifikante Verringerung der Treibhausgasemissionen um 30% bis 2020**. Deutschland und Frankreich halten es für notwendig, dass auf dieser Grundlage weitere große Treibhausgasemittenten einbezogen werden.
- Die Leitlinie der EU für die internationalen Verhandlungen ist das **2-Grad-Ziel**, um die Auswirkungen des Klimawandels auf ein erträgliches Niveau zu begrenzen. Dies ist umso mehr erforderlich, als die negativen **Klimafolgen** (Hochwasser, Dürre, Stürme) für die europäische Bevölkerung bereits heute deutlich spürbar sind.
- Die Umweltminister Frankreichs und Deutschlands haben über diese Situation und die Notwendigkeit, Maßnahmen gegen die negativen Folgen des Klimawandels zu ergreifen, debattiert. Sie sind erfreut, dass die EU-Umweltminister sich im Juni 2006 einvernehmlich auf eine Richtlinie über die Bewertung und das Management von **Hochwasserrisiken** geeinigt haben.

- Darüber hinaus hat die Europäische Kommission für Ende 2006 ein **Grünbuch über „Anpassung an den Klimawandel“** dazu vorgesehen. Minister Gabriel kündigte für die deutsche Ratspräsidentschaft das **internationale Symposium „Klimawandel und die europäische Wasserdimension“ vom 12. bis 14. Februar 2007** in Berlin an. In diesem Kontext soll auch ein gemeinsames Modellprojekt am Oberrhein vereinbart werden. Beide Minister sind der Meinung, dass in diesem Zusammenhang auch die Probleme Wasserknappheit und Dürre zu diskutieren sind.
- Ministerin Olin und Bundesumweltminister Gabriel stimmten darin überein, dass es vorrangig darauf ankommt, die Anpassung an die Klimafolgen in den verschiedenen EU-Politiken – einschließlich der Außenpolitik – zu berücksichtigen als auf zusätzliche Rechtsetzung auf EU-Ebene. Frankreich und Deutschland setzen sich für die **Wiederbelebung der EU-Wasserinitiative** ein.
- Sie begrüßen die zunehmenden Möglichkeiten in **Technologien** mit geringen Klimaauswirkungen zu investieren. Dies gilt neben dem Energiesektor ganz besonders für die Entwicklungsländer.

2. Energie

- Frankreich und Deutschland erachten eine **konsistente Energiepolitik** für eine **effektive Klimaschutzpolitik** national und in der EU für unabdingbar.
- Der Europäische Rat hatte sich angesichts steigender Energiepreise und Unsicherheiten auf den Energiemärkten in diesem Frühjahr verpflichtet, in 2007 umfassende Maßnahmen zur Energiepolitik zu ergreifen. Deutschland wird der **Energiepolitik** eine hohe Priorität während seiner Präsidentschaft geben. Der vom Frühjahrsgipfel zu verabschiedende **Aktionsplan „Energiepolitik für Europa“** soll den Klimaschutz durch die Initiierung einer Doppelstrategie aus einer drastisch erhöhten Energieeffizienz und dem substanziellen Ausbau der erneuerbaren Energien integrieren. Damit kann die EU neben Klimaschutz auch ihre technologische Führungsrolle auf diesen Gebieten ausbauen und zugleich Wachstum und Beschäftigung sichern. Zudem soll die EU in die Lage versetzt werden, international bei Energiethemen mit einer Stimme zu sprechen und den Binnenmarkt für Energie konsequent weiter auszubauen.
- Beide Minister haben die Möglichkeit der **Kohlendioxidabscheidung und –speicherung**, insbesondere bei den Kohlekraftwerken, erörtert. Dazu sollen Experten aus beiden Ländern ausgetauscht werden.
- Deutschland und Frankreich sprechen sich für einen Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur **Erzeugung von Wärme und Kälte**

aus erneuerbaren Energien aus. Sie begrüßen konkrete Projekte wie das deutsch-französische Geothermieprojekt in Soultz-sous-Forêts.

- Zudem kündigte Deutschland die „**2007 European Renewable Energy Policy Conference**“ für den **29.-31. Januar 2007** in Brüssel an, die gemeinsam mit der Industrie und der Kommission veranstaltet wird

3. Ressourceneffizienz

- Neben der Energieeffizienz ist angesichts drastisch gestiegener Rohstoffpreise eine **ambitionierte Ressourcenpolitik** notwendig. Die beiden Minister halten es für erforderlich, dass ehrgeizige Ziele für die Ressourceneffizienz, wie die **Verdoppelung der Rohstoffeffizienz** innerhalb von 20 Jahren, festgelegt werden.
- Beide Minister waren sich zudem einig, dass sie das von der EU-Kommission geplante **Grünbuch zu marktwirtschaftlichen Instrumenten** nutzen wollen, um neue Anreize für mehr Ressourcen- und Energieeffizienz zu setzen. Frankreich berichtete über eine entsprechende interministerielle Arbeitsgruppe, um konkrete Instrumente zu identifizieren und anzuwenden. Dazu soll ein Austausch mit Deutschland erfolgen.

4. Biodiversität

- Deutschland ist Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die **biologische Vielfalt (CBD)**, die 2008 in Bonn stattfinden wird. Beide Minister bestätigen ihre Bereitschaft darin zu kooperieren, dass die EU sich besonders aktiv in die Konferenzvorbereitungen einbringen und eine führende Rolle bei der Umsetzung des Ziels, bis 2010 den Rückgang der Biodiversität zu stoppen, einnehmen sollte. Fortschritte sollen insbesondere auf folgenden Gebieten angestrebt werden: Wälder, Schutzgebiete im Meer und auf dem Festland, Zugang zu genetischen Ressourcen, gerechter Vorteilsausgleich und Finanzierung.
- Die Minister begrüßen die Aufforderung der IUCN-Konferenz von Paris 2006, Biodiversität in die Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren. Sie unterstützen zudem den Vorschlag von UN-Generalsekretär Kofi Annan, das Ziel, den **Verlust der Biodiversität bis 2010 zu stoppen**, in die in Johannesburg vereinbarten Ziele (**Millennium Development Goals MDGs**) einzubeziehen.
- Deutschland und Frankreich beschließen eine gemeinsame Initiative zum **Schutz der Regenwälder**. Der Verlust der Regenwälder schreitet rapide vorwärts. Besondere Probleme bestehen im Kongo, in Brasilien und auf Borneo. Frankreich engagiert sich besonders für die Wälder im Kongo. Sie sollen mit einer Strategie unterstützt werden, die sowohl Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft sichert, als auch den Schutz der Regenwälder garantiert.

- Nach Auffassung von Deutschland und Frankreich leistet der in den Alpen geschaffene „**Ökologische Verbund**“ im Rahmen des Protokolls „Naturschutz und Landschaftspflege“ der **Alpenkonvention** einen signifikanten Beitrag zur Errichtung des internationalen Schutzgebietsnetzwerkes. Deutschland und Frankreich werden ihre intensive Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und beim nachhaltigen Tourismus auch in Anbetracht der französischen Präsidentschaft der Alpenkonvention (November 2006) fortsetzen.
- **Artenschutz:**
 - Die Ministerin und der Minister vereinbarten einen Meinungsaustausch mit dem Ziel, Lösungen für das Anwachsen der **Kormoranbestände** zu finden, was zu Beschwerden in der Berufs- und Privatfischerei geführt hat.
 - Beide Minister haben sich entschlossen die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Berner Konvention zu unterstützen, um einen internationalen Arbeitsplan aufzustellen, der eine wirksame Erholung der **Störbestände** bewirkt. Dazu vereinbarten sie, ihre Zusammenarbeit auf der wissenschaftlichen Ebene zu verstärken. Ziel ist ein gemeinsames, grenzüberschreitendes Wiederansiedlungsprojekt „Stör im Rheineinzugsgebiet“.
- Im Jahr 2007 findet in den Niederlanden die 14. Vertragstaatenkonferenz zum Washingtoner **Artenschutzübereinkommen** statt. Beide Staaten begrüßen dies als besondere Gelegenheit, im Dialog mit den Ursprungsländern, Maßnahmen gegen den Verlust der Biodiversität zu ergreifen. Deutschland und Frankreich werden ihre bisherige gute Zusammenarbeit zur **Bekämpfung des illegalen Handels** fortsetzen. Minister Gabriel zeigte sich sehr interessiert am Film, der zu diesem Thema von Air France eingesetzt wird. Ministerin Olin übergab ihm ein Exemplar.
- **Vogeljagd** ist nur dann akzeptabel, wenn wissenschaftliche Informationen über das Wanderverhalten, die Fortpflanzungsperiode, die Populationsdynamik sowie aussagekräftige Jagdstatistiken vorhanden sind, so dass der Einfluss der Jagd auf die betroffenen Bestände eingeschätzt werden kann. Deshalb begrüßen die Minister den Vorschlag der Europäischen Kommission, den Anhang V der EG-Vogelschutzrichtlinie in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Die EU-Kommission hat ihre Auffassung zur Interpretation der Nachhaltigkeitskriterien in dem Guidance Dokument dargelegt.
- **Biologische Vielfalt der Meere:** Die beiden Minister begrüßen, dass auf EU-Ebene im Rahmen von Natura 2000 vereinbart wurde, bis 2010 ein funktionierendes Netzwerk von Schutzgebieten im Meer zu schaffen. Auf globaler Ebene soll ein Meeresschutzgebietsnetz bis 2012 errichtet werden, das auch Schutzgebiete auf Hoher See auf Grundlage des UN-Seerechtsübereinkommens einschließt. Die Minister wollen die Umsetzung

dieser beiden wichtigen Maßnahmen zum Schutz und zur Nachhaltigkeit der biologischen Vielfalt der Meere vorantreiben. Sie erklären, sich zum Schutz von Tiefseebergen und Kaltwasserkorallenriffen für die Einrichtung eines Moratoriums für Tiefsee-Grundschieppnetzfisherei einzusetzen.

5. Abfall

- Die beiden Minister verurteilten die jüngste Abfallkatastrophe, bei der illegal Giftmüll aus Europa nach Afrika gebracht worden ist und dort zu Gesundheits- und Umweltschäden geführt hat. Hier sollte die Gelegenheit seitens der derzeitigen finnischen EU-Ratspräsidentschaft ergriffen werden, im Rahmen der aktuellen Verhandlungen über die **Abfallrahmen-Richtlinie** schnellstens eine Lösung zu finden, die die Bevölkerung vor weiteren Gesundheitsfolgen schützt, die Umweltfolgen beseitigt und die Verursacher zur Verantwortung zieht. Die Minister streben anlässlich der 9. COP der Baseler Konvention eine gemeinsame Position an.

6. Mobilität

- Die Minister erklärten: Die Fortschreibung der Abgasanforderungen (**Euro 5**) insbesondere für Diesel-Pkw muss zügig zum Abschluss kommen. Die EU muss die gegenwärtigen Probleme der Partikelemissionen, aber auch die auf uns zukommenden Probleme bei Stickoxiden lösen. Denn sowohl die deutsche als auch die französische Autoindustrie brauchen langfristig zuverlässige Rahmenbedingungen, um Investitionen in umweltverträgliche Fahrzeuge tätigen zu können. Frankreich und Deutschland sind sich einig, dass den Mitgliedstaaten zur Durchsetzung und Einhaltung der Luftqualitätsrichtlinie auch die Möglichkeit gegeben werden muss, die erforderlichen Maßnahmen umsetzen zu können, ohne den Wettbewerb zu behindern.
- Die Minister erklärten, dass die **CO₂-Emissionen** der Fahrzeuge ein wichtiges Thema sind, das man sachlich und mit dem Ziel, bedeutende Fortschritte zu machen, angehen muss. Deutschland kündigte während seiner Präsidentschaft Beratungen an, um Fortschritte bei der CO₂-Selbstverpflichtung der Autoindustrie zu erzielen.

7. Vereinte Nationen: UNEP/UNEO

- Nach Auffassung der beiden Minister erscheint eine starke, speziell der Umwelt gewidmete Organisation der Vereinten Nationen angesichts der zunehmenden globalen Umweltprobleme notwendiger denn je: Sie zogen eine positive Bilanz der bisherigen Beratungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Gemeinsam mit den europäischen Partnern werden sie die konstruktive Haltung vieler UNO-Mitgliedstaaten nutzen, um der Realisierung dieses bedeutenden UN-Reformvorhaben, der **Aufwertung UNEPs zu einer UN-Umweltorganisation (UNEO)**, näher zu kommen. Präsident Chirac hat auf der UN-Generalversammlung zu einer internationalen Konferenz zur Unterstützung dieser Idee für

Anfang 2007 nach Frankreich eingeladen, die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sehr begrüßt und unterstützt wird.

8. Deutsche G8-Präsidentschaft

- Deutschland übernimmt im Jahr 2007 den Vorsitz in der Gruppe der acht führenden Industrieländer (G8). Minister Gabriel unterstrich, dass die G8 auch aufgrund ihrer technologischen Fähigkeiten ein Beispiel geben müssen, wie wirtschaftliches Wachstum und vorsorgender Umweltschutz Hand in Hand gehen können. Er kündigte an, dass er Fortschritte beim internationalen Klimaschutz und bei der **Steigerung der Energieeffizienz**, insbesondere in Schwellenländern, als Prioritäten verfolgen wird. Zudem sind die Erhaltung der Biodiversität und der Schutz der Tropenwälder wichtige Themen.

9. EU-Ratspräsidentschaften

- Deutschland übernimmt während des ersten Halbjahres 2007 die EU-Ratspräsidentschaft. Bundesumweltminister Gabriel betonte, dass eine gute Umweltpolitik innovative Technologien hervorbringt und Arbeitsplätze schafft. Schwerpunktthemen der deutschen Präsidentschaft werden neben einer Initiative für eine **ökologische Industriepolitik**, der Klimaschutz, die Energiepolitik, nachhaltige Mobilität und der Schutz der Biodiversität sein.
- Beide Minister sind übereingekommen, die Kontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen ihren jeweiligen Dienststellen noch weiter – insbesondere in Vorbereitung der französischen Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2008 – zu intensivieren. So wird insbesondere ein detailliertes Programm zum **Beamtenaustausch** zwischen beiden Ministerien noch vor dem deutsch-französischen Ministerrat am 12. Oktober angestrebt.

Am Ende des Treffens wünschte Umweltministerin Nelly Olin Bundesumweltminister Sigmar Gabriel viel Erfolg für die deutsche EU-Präsidentschaft und versicherte ihm ihre volle Unterstützung.